



Protokoll der 20. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. August 2006, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Hans Brodbeck, Erika Eichenberger, Orla Oeri-Devereux, Sabine Sutter

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in das Einwohnerratsbüro ://: Walter Leimgruber (SP) gewählt.	2006/99
2. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen ://: Gewählt gemäss Vorlage.	2006/100
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2005 des Stadtrates ://: Amtsbericht genehmigt. ://: Liste der Zusatzaufträge an den Stadtrat mit zwei Ausnahmen gemäss Vorschlag des Stadtrates genehmigt.	2006/89 2006/89a
4. Berufliche Eingliederung von stellenlosen Sozialhilfeempfängern; Begehren für einen Nachtragskredit von CHF 80'000.- der Sozialhilfe ://: Genehmigt.	2006/98
5. Motion von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten ://: In Postulat umgewandelt und an Stadtrat überwiesen.	2006/87
6. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Euro 2008 ://: Mit abgeändertem Inhalt an Stadtrat überwiesen.	2006/90
7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Schwimmunterricht an den Liestaler Schulen ://: Erledigt.	2006/91
8. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Orla Oeri-Devereux und Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt ://: Vertagt.	2006/92 2006/92a
9. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Corinne Ruesch, Grüne Liestal, betreffend Jugendkommission ://: Erledigt.	2006/95 2006/95a

10. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend offenen Haupteingang zum Rathaus 2006/96
://: *Vertagt.*
11. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend alte Deponie Rankweg 2006/97
://: *Vertagt.*
12. Fragestunde

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen August-Einwohnerratssitzung, im Speziellen die beiden neuen Einwohnerräte Walter Leimgruber und Daniel Spinnler. Der Rat beginne gesund und beschwingt das neue Amtsjahr: Einige Ratsmitglieder hätten sich soeben an der Aktion der Gesundheitsförderung Baselland im Foyer des Landratssaals beteiligt und ihren Body Mass Index messen lassen.

Sie selbst habe diese Aktion als Anstoss genommen, darüber nachzudenken, was ein gesunder Parlamentsbetrieb sein könne. Gesundheit bedeute mehr als nicht krank zu sein. Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiere Gesundheit als einen Zustand vollkommenen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens. Bewegung und Ernährung seien wichtige Faktoren für die körperliche Gesundheit. Die seelische Dimension von Gesundheit beinhalte zum Beispiel, sich anerkannt, sicher und frei zu fühlen. Es gebe noch eine dritte Dimension von Gesundheit, das seien die die Faktoren des Zusammenlebens. Menschen, die über Bildung und materielle Sicherheit verfügten, seien gesünder. Menschen in ihrer Gesundheit zu unterstützen, sei also auch eine politische Aufgabe. Sie hoffe, dass sich der Einwohnerrat an der Gesundheit der Menschen in dieser Stadt orientiere, und dies auf gesunde Weise, im Sinne des Mottos: „Streit mit mir - aber fair!“

Der Einwohnerrat sei herzlich eingeladen, am Car Free Day vom 22.09.2006 mitzumachen. Die Einladung dazu finde jedes Ratsmitglied an seinem Platz vor. Die Hälfte der Einwohnerrats-Mitglieder habe sich für die Velo-Aktion angemeldet.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 28. Juni 2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Jaqueline Hauser Lüthi (FDP) ist per 30.06.2006 aus dem Einwohnerrat zurückgetreten. In ihrem Rücktrittsschreiben teilt sie mit: „Aus privaten Gründen ist es mir zurzeit leider nicht mehr möglich, mein Mandat als FDP-Einwohnerrätin der Stadt Liestal ordnungsgemäss auszuüben. Deshalb gebe ich mit sofortiger Wirkung meinen Rücktritt vom Rat bekannt. Ich bedaure diesen zwingenden Entscheid sehr und wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.“ Daniel Spinnler hat die Nachfolge von Jacqueline Hauser Lüthi angetreten.
- Während der Sommerferien ist die ehemalige Einwohnerrätin Susanne Brodbeck im Alter von 49 Jahren verstorben. Sie gehörte vom Sommer 1996 bis Oktober 2004 dem Einwohnerrat an. Acht Jahre lang arbeitete sie in der GPK mit. Während ihrer vier letzten Monate im Rat war sie Vizepräsidentin der GoR. Viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben am Trauergottesdienst für Susanne Brodbeck teilgenommen. Während einer Schweigeminute soll ihrer gedacht werden.
- Die Besichtigung des Gebiets Höli, in dem die Deponie Höli geplant ist, findet am 16.10.2006 um 17 Uhr statt. Eine schriftliche Einladung der Bürgergemeinde folgt.
- Für den Fussballmatch Landrat gegen Einwohnerrat braucht es noch Talente. Es werden noch zwei Trainings durchgeführt, am 29.08.2006 und 05.09.2006. Der Match findet am 08.09.2006 um 19.00 Uhr statt.
- Hans Brodbeck (FDP) wurde als ordentliches Mitglied in die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) gewählt.
- Das Büro hat über Änderungen des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat beraten. Es geht um die zweifache Lesung bei Vorlagen, die die Quartierplanung und die Zonenvorschriften betreffen. Ausserdem geht es um die Namensaufrufung zu Beginn der Einwohnerratssitzung, die das Geschäftsreglement verlangt. Das Büro wird zu den gewünschten Änderungen eine Motion einreichen.
- Das Büro hat zudem über die Beantwortung von Interpellationen diskutiert. Auch wenn eine Interpellantin oder ein Interpellant eine schriftliche Antwort wünscht, kann der Stadt-

rat frei darüber entscheiden, ob er den Vorstoss mündlich oder schriftlich beantworten möchte. Eine schriftliche Beantwortung kann die Behandlung im Rat um eine Sitzung verzögern.

- Das Büro hat den Terminplan 2007 genehmigt.
- Am 23.09.2006 werden drei Mitglieder des Büros am Stadtfest der Partnerstadt Onex teilnehmen.

Als **Stimmzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| - Susanne Greiner | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Adrian Mächler | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Überschwemmungen im Gitterliquartier / Lausnerstrasse (Nr. 2006/101);
 - Postulat von Hans-Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend „Sauberes Liestal“ (Nr. 2006/102);
 - Kleine Anfrage von Hanspeter Meyer, SVP Liestal, betreffend Törli-Glöcklein (Nr. 2006/103);
 - Resolution des Einwohnerrates zur Manor-Überbauung.
-

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, das Organigramm der Verwaltung sei angepasst worden. Der Bereich Zentrale Dienste / Finanzen werde neu als Bereich Finanzen / Einwohnerdienste Thomas Kunz unterstellt. Stadtrats- und Einwohnerratssekretariat bildeten unter der Leitung von Marcel Jermann zusammen mit dem Sekretariat Stadtverwalter den Stab Zentrale Dienste. Die Zentralen Dienste blieben weiterhin direkt dem Stadtverwalter unterstellt. Der heutige Stab Recht und Sicherheit werde, weiterhin unter der Leitung des Rechtskonsulenten Bernhard Allemann, zum Stab Recht, Sicherheit und Informatik ergänzt. Thomas Kunz und Bernhard Allemann würden Mitglieder der Geschäftsleitung. Das Ziel sei, die Verwaltung noch robuster auszugestalten und die Führungsfunktionen zu stärken. Auf der Stufe des Stadtverwalters würden mehr Ressourcen geschaffen.
 - Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, in der Presse habe man vom Kennzahlen-Vergleich der Sozialen Dienste mit sieben anderen Gemeinden lesen können. Alle beteiligten Gemeinden würden die Unterlagen erhalten.
-

Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, der Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Migrantenforum sei wegen Abwesenheit der Postulantin Orla Oeri-Devereux nicht traktandiert worden. Er werde an der September-Sitzung behandelt.

Regula Nebiker (SP) beantragt, das Traktandum 8 (Interpellation von Orla Oeri-Devereux und Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Veränderungen im Liestaler Finanzhaushalt, Nr. 2006/92) auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, es sei kein Widerspruch festzustellen. Das Traktandum Nr. 8 werde ebenfalls vertagt. Die Traktandenliste gelte somit mit den beiden Änderungen als genehmigt.

Sie komme nun zur Resolution des Einwohnerrates zur Manor-Überbauung, die vorliege. Sie sei vor den traktandierten Geschäften zu behandeln. Wenn die Beratung der Resolution nicht bestritten werde, bitte sie nun die Initianten, die Diskussion zu eröffnen.

Behandlung Resolution

Jürg Holinger (GL) dankt für die breite Unterstützung bei der Unterschriften-Sammlung. Das Manor-Projekt habe im Einwohnerrat schon viel zu reden gegeben. Nun laufe es nicht so, wie der Rat sich das wünsche. Es sei richtig, dass der Einwohnerrat dazu Stellung nehme. In der Resolution stehe, dass der Einwohnerrat faires und lösungsorientiertes Handeln erwarte. Er wünsche sich, dass man hier kein Öl ins Feuer giesse und die Resolution verabschiede.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass alle dasselbe Ziel hätten, nämlich dass das Manor-Projekt verwirklicht werde. Den Text der Resolution unterstütze er inhaltlich. Es sei aber falsch, auf diesem Weg Druck zu erzeugen. Er sei auch der Meinung, dass die Preise der Grundeigentümer unchristlich seien. Das Problem sei aber auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Die Mehrheit seiner Fraktion stimme der Resolution deshalb nicht zu.

Adrian Mächler (FDP) ergänzt, in seiner Fraktion seien dieselben Argumente gefallen. Man bewege sich in einem weichen Bereich. Ein faires Vorgehen zu erwarten, erzeuge seiner Meinung nach keinen Druck. Er sehe darin nur den Ausdruck, dass der Einwohnerrat hinter dem Projekt stehe und um eine Lösung froh wäre. In der FDP-Fraktion seien verschiedene Meinungen geäußert worden. Er selbst sei für die Resolution.

Regula Nebiker (SP) teilt mit, sie habe als Fraktions-Präsidentin für die ganze Fraktion unterschrieben. Zuvor habe sie sich versichert, dass alle Mitglieder hinter der Resolution stünden. Die SP-Fraktion wünsche, dass die Leute, die an diesem Projekt beteiligt seien, das Augenmass hielten. Es sei richtig, dass der Einwohnerrat Stellung nehme.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, er unterstütze die Resolution.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, man sei sich im Rat einig, dass das Manor-Projekt für Liestal wichtig sei. Manor müsse in Liestal bleiben. Es behage ihm aber nicht, dass man einer Firma indirekt unterstelle, sie habe unfair verhandelt. Vor einiger Zeit habe er eine Task Force zur Unterstützung des Stadtrats in dieser Sache vorgeschlagen. Man solle sich dies noch einmal überlegen.

Danielle Schwab (SP) äussert, eine solche Verflechtung würde ihre Fraktion als einschränkend empfinden. Der Einwohnerrat habe kein Mandat, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Resolution sei eine Willenskundgebung des Einwohnerrates, auf die Reaktionen möglich seien. Manchmal brauche es eine Konfrontation. Eine Resolution sei ein niederschwelliges Instrument. Es sei ihr nicht verständlich, dass damit Druck gemacht werde.

Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) fragt, wie der letzte Abschnitt genau formuliert sein solle. Die beiden Ausdrücke „bittet“ und „erwartet“ stünden nebeneinander, man müsse sich für einen von beiden entscheiden.

Jürg Holinger (GL) antwortet, der Ausdruck „erwartet“ gelte. Der Text sei mehrfach geändert worden, deshalb sei es zu diesem Fehler gekommen.

Bernhard Fröhlich (FDP) betont, es sei wichtig, dass der Einwohnerrat sich zu diesem Projekt klar äussere. Ihn störe der letzte Satz der Resolution. Er meine, man könne doch davon ausgehen, dass die Firma fair und lösungsorientiert handle. Er frage sich, ob man diesen

Satz nicht einfach weglassen solle. Es störe ihn, dass man einen Verhandlungspartner herausnehme. Der Rat habe keine Kenntnis davon, wie die Verhandlungen genau gelaufen seien.

Danielle Schwab (SP) schlägt vor, man könne von den Verhandlungspartnern reden anstelle von einer Firma.

Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) legt dar, eine Resolution sei eine Kundgebung an bestimmte Adressaten. Es müsse klar sein, wer diese Adressaten seien.

Jürg Holinger (GL) erwidert, er begrüsse die Formulierung mit den Verhandlungspartnern. Das wären auch die Adressaten.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) meint, wenn der eine Firmenname herausgenommen werde, werde seine Fraktion wohl mehrheitlich für die Resolution stimmen.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, es töne heute sehr sanft und konstruktiv. Er habe die Resolution an der Fraktions-Sitzung unterschrieben, für den Wirtschafts-Standort Liestal. In einem Zeitungsbericht von heute seien allerdings Formulierungen zu lesen gewesen, die er nicht unterschrieben habe. Das wolle er betonen.

Regula Nebiker (SP) unterstreicht, es gehe um das öffentliche Interesse. Das sei der wesentliche Punkt.

Einwohnerratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erklärt, zuerst sei über die Veränderung des Textes abzustimmen.

://: Es wird einstimmig beschlossen, den Ausdruck „bittet“ im letzten Abschnitt der Resolution zu streichen und den Begriff „erwartet“ stehen zu lassen.

://: Die Resolution des Einwohnerrates zur Manor-Überbauung wird mit grosser Mehrheit bei 2 Nein-Stimmen angenommen.

151 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in das Einwohnerratsbüro (Nr. 2006/99)

Die SP-Fraktion beantragt, folgende Umbesetzung im Einwohnerratsbüro vorzunehmen:

Als ordentliches Mitglied wird gewählt:

Leimgruber Walter, anstelle von Roche Claudia.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) sagt, wer Walter Leimgruber wählen möchte, solle nun bitte seine Stimme abgeben.

://: Walter Leimgruber wird einstimmig als ordentliches Mitglied ins Einwohnerratsbüro gewählt.

152 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen in ständige Kommissionen (Nr. 2006/100)

Aufgrund von Rücktritten aus dem Einwohnerrat lautet der Antrag der Fraktionen, folgende Umbesetzungen vorzunehmen:

a) Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ordentliches Mitglied:

- Claudia Roche (SP); anstelle von Philipp Senn

Ersatzmitglied:

- Hanspeter Mohler (FDP); anstelle von Jacqueline Hauser Lüthi

b) Finanzkommission (Fiko)

Ordentliches Mitglied:

- Daniel Spinnler (FDP); anstelle von Bernhard Fröhlich

b) Bau- und Planungskommission (BPK)

Ordentliches Mitglied:

- Philipp Senn (SP); anstelle von Luzia Kilchmann

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) schlägt vor, die neuen Kommissionsmitglieder in globo zu wählen.

://: Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

153 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2005 des Stadtrates (Nr. 2006/89, Nr. 2006/89a)

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) teilt in ihrem Bericht zum Amtsbericht 2005 des Stadtrates zusammengefasst Folgendes mit:

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt den Bericht mit Interesse zur Kenntnis. Sie ist beeindruckt von der grossen Fülle von Aufgaben, die von Stadtrat und Verwaltung bewältigt wurde. Positiv fällt im Bericht auf, dass sich die Beziehungen zwischen Stadt und Kanton wesentlich verbessert haben. Der Bericht hat viel an Lesbarkeit und Übersichtlichkeit gewonnen.

Neu ist der Amtsbericht nach Departementen gegliedert. Dabei wird Bezug genommen auf die Jahresplanung, so dass ein Vergleich zwischen Planung und Bericht jederzeit möglich ist. Alle Projekte der Jahresplanung werden erwähnt. Die Projekte konnten umgesetzt werden. Nur wenige wurden begründet verschoben. Die gestellten Fragen konnten zufriedenstellend beantwortet werden. Einige weiterführende Fragen zu den Sozialen Diensten wurden bewusst zurückgestellt, da zu diesem Bereich ein Vorstoss hängig ist, der sicherlich detailliertere Informationen enthalten wird.

Das Büro überwies der GPK ausserdem die Liste der verabschiedeten Geschäfte des Einwohnerrates mit Zusatzaufträgen an den Stadtrat zur Prüfung. Die GPK ist der Meinung, dass diese Liste Bestandteil des Amtsberichtes sein müsste. Der Stadtrat hat die entsprechende Frage im gleichen Sinn beantwortet: Nächstes Jahr wird diese Liste im Amtsbericht aufgenommen. Nicht einverstanden ist die GPK mit der Empfehlung zu Punkt 4 betreffend Bahnhofgebiet-Entwicklung. Sie beantragt, den Zusatzauftrag aus dem Geschäft Nr. 03/142 nicht als erfüllt abzuschreiben, sondern stehen zu lassen.

Die Anträge der GPK lauten:

1. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Amtsbericht 2005 zu genehmigen.
2. Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, die Liste der verabschiedeten Geschäfte mit Zusatzaufträgen an den Stadtrat (Stand 21.12.2005) zur Kenntnis zu nehmen.
3. Den Empfehlungen des Stadtrates soll Folge geleistet werden mit Ausnahme von Empfehlung 4. Der Zusatzauftrag aus dem Geschäft Nr. 03/142 wird nicht abgeschrieben.

GPK-Präsidentin Regula Nebiker erläutert, die Geschäftsprüfungskommission habe den Amtsbericht 05 sorgfältig gelesen. Die neue Darstellungsform sei besser und lesbarer als die vorhergehende. Alle Punkte der Jahresplanung seien erwähnt. Fast alle Punkte seien erledigt. Aufgrund der Lektüre habe die GPK einen Fragenkatalog aufgestellt, auf den Stadtpräsidentin Regula Gysin und Stadtverwalter Roland Plattner geantwortet hätten. Die Kommission habe die Antworten diskutiert. Die Resultate seien im Anhang zum GPK-Bericht zu finden. Die GPK wolle den Bericht genehmigen.

Die GPK habe ausserdem die Liste der verabschiedeten Geschäfte mit Zusatzaufträgen an den Stadtrat bereinigt. Die GPK sei der Meinung, dass diese Liste in den Amtsbericht gehöre. In Zukunft werde dies so gehandhabt. Nur in Punkt 4 folge die GPK dem Stadtrat nicht. In diesem Zusatzauftrag stehe, dass der Stadtrat bei allen Planungs- und Umsetzungsschritten für das Konzept „Eurocity“ der Schaffung von öffentlichem Parkraum besondere Priorität einräumen solle. Der Stadtrat meine, dass dieser Zusatzauftrag als Empfehlung zu interpretieren sei und nach der Genehmigung des Quartierplans Bahnhof 1 als erledigt abgeschrieben werden könne. Hier sei die GPK anderer Meinung. Daraus folgten zwei Anträge der GPK.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) informiert, wenn das Eintreten nicht bestritten sei, wolle sie zuerst über den Amtsbericht diskutieren und abstimmen.

Philipp Senn (SP) teilt mit, seine Fraktion genehmige den Amtsbericht gerne. Er sei klar strukturiert. Die Geschäfte der Jahresplanung seien darin nachvollziehbar.

Peter Schäfer (FDP) dankt im Namen seiner Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung für den gut abgefassten Bericht. Dahinter stecke grosse Arbeit. Der Amtsbericht lese sich deutlich besser als auch schon. Allerdings bestehe der Wunsch nach frühzeitigem Erscheinen. Die GPK brauche ungefähr sechs Wochen für die Beratung. Er bitte die Verwaltung, diesem Umstand Rechnung zu tragen und den Bericht so früh zu verteilen, dass er im Juni traktandiert werden könne. Seine Fraktion wolle den Amtsbericht einstimmig genehmigen.

Corinne Ruesch (GL) gibt bekannt, auch ihre Fraktion genehmige den Amtsbericht einstimmig. Die Darstellung sei klar. Es stecke viel Arbeit dahinter, die in den diversen Bereichen geleistet worden sei. Sie würde gerne mehr über die Resultate des Quervergleichs zum Thema Nachhaltigkeit wissen. Eventuell sei dies Stoff für eine Interpellation.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, seine Fraktion habe vom Amtsbericht ebenfalls Kenntnis genommen. Ein Wunsch sei, dass die Ziele messbar formuliert würden. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion danke für die Beantwortung der Fragen und allen beteiligten Personen für ihren Einsatz. Ein früheres Erscheinen des Amtsberichts wäre begrüssenswert. Seine Fraktion sei für die Genehmigung des Berichts.

://: Der Amtsbericht 2005 des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) sagt, dass man jetzt zur Beratung des zweiten Teils komme. Um Zusatzaufträge an den Stadtrat als erfüllt zu betrachten, gebe es keinen bestimmten Ablauf. Der Stadtrat habe Empfehlungen zu dieser Pendenzenliste abgegeben. Sie werde die einzelnen Punkte durchgehen, um festzustellen, welchen Empfehlungen des Stadtrates der Einwohnerrat folge. Sie bitte darum, entlang der Beratung der Liste kundzutun, wenn ein anders lautender Antrag vorgelegt werde.

Als Erstes empfehle der Stadtrat, den Zusatzauftrag zum Thema Investitionsanträge zu streichen. Es lägen keine Anträge vor.

Die zweite Empfehlung betreffe das jährliche Audit der Sozialen Dienste. Auch diesen Auftrag sehe der Stadtrat mit der Beantwortung der Interpellation zur Kostenexplosion in der Sozialhilfe (Nr. 2005/74) als erfüllt an.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, ihre Fraktion sehe es nicht als sinnvoll an, diesen Zusatzauftrag zu streichen. Sie stelle den Antrag, dass er bestehen bleibe.

://: Der Antrag, den Zusatzauftrag Nr. 2 nicht zu streichen, wird grossmehrheitlich genehmigt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) führt aus, in der dritten Empfehlung gehe es um das Thema Verkauf von Liegenschaften. Es lägen keine Anträge vor.

Die Empfehlung Nr. 4 betreffe die Entwicklung des Bahnhofgebiets. Hier beantrage die GPK im Gegensatz zum Stadtrat, den Zusatzauftrag stehen zu lassen.

Franz Kaufmann (SP) äussert, er teile die Meinung der GPK nicht. Der Zusatzauftrag sei an den Quartierplan Bahnhof 1 gebunden, der bereits genehmigt sei. Bei weiteren Plänen werde das Thema Parkraum sowieso wieder diskutiert.

Peter Schäfer (FDP) sagt, seine Fraktion unterstütze den Antrag der GPK. Im Zusatzauftrag stehe klar, dass der Stadtrat bei allen Planungsschritten diese Priorität einräumen solle.

://: Der Antrag der GPK, den Zusatzauftrag Nr. 4 nicht zu streichen, wird mit 22 Ja- gegen 12 Nein-Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) informiert, die Empfehlung Nr. 5 betreffe die Anpassung des Abwasser-Reglements und die Empfehlung Nr. 6 die Reduktion der Grösse des Wahlbüros. Der Stadtrat empfehle, beide Zusatzaufträge auf der Liste zu belassen. Auch hier gebe es keine Anträge.

Sie verzichte auf eine weitere Abstimmung, das heisst auf eine Abstimmung zu den Anträgen 2 und 3 der GPK. Die GPK-Präsidentin sei damit einverstanden. Die Entscheidungen des Einwohnerrats seien klar. Der Einwohnerrat folge den Empfehlungen des Stadtrates mit zwei Änderungen.

154 F.5.2.2. Fürsorgetätigkeit, Sozialdienst, Süchtige: Einzelne Teilgebiete und Aktionen

4. Berufliche Eingliederung von stellenlosen Sozialhilfeempfängern; Begehren für einen Nachtragskredit von CHF 80'000.- der Sozialhilfe (Nr. 2006/98)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Infolge steigender Fallzahlen im Bereich der Sozialhilfe und eines nach wie vor prekären Arbeitsmarktes für stellensuchende Klientinnen und Klienten der Sozialen Dienste ist der Bedarf an Massnahmen zur beruflichen Eingliederung im laufenden Jahr stärker angewachsen als vermutet.

Damit im zweiten Halbjahr 2006 weiterhin genügend zweckmässige Programme zur beruflichen Eingliederung finanziert werden können, ist der Beschluss für einen Nachtragskredit über einen Betrag von Brutto CHF 80'000.- (Netto CHF 40'000.-) erforderlich. Die Sozialhilfebehörde und das Departement Soziales/Gesundheit/Kultur empfehlen diese Massnahme, um die berufliche Eingliederung und deren Effizienz in genügendem Masse durch gezielte und professionell durchgeführte Projekte zu fördern.

Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Verselbständigung der Betroffenen geleistet, womit diese wiederum positive Perspektiven entwickeln können.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat beschliesst zu Lasten der Rechnung 2006 einen Nachtragskredit von brutto CHF 80'000.-, um die berufliche Eingliederung von stellenlosen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern zu fördern.

Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass alles Wesentliche in der Vorlage stehe. Sie bitte um Zustimmung, damit man die Massnahmen umgehend in Angriff nehmen könne. Der Kredit sei nur für Klienten gedacht, die bereits Sozialhilfebezüger seien.

Elisabeth Spiess (GL) unterstreicht, ihre Fraktion sei einstimmig für die Bewilligung des Kredits. Die Sozialkosten würden wohl weiter steigen, es gebe kein Rezept dagegen. Prävention sei umso wichtiger. Nur mit dem Kredit könnten die Sozialen Dienste weiter mit anderen Projekten zusammenarbeiten. Sorgen mache ihr die finanzielle Unterstützung durch den Kanton.

Peter Schäfer (FDP) meint, die Wirtschaft boome zwar, dies sei aber noch nicht bis zu den Kunden der Sozialhilfe durchgedrungen. Sie seien nicht einfach zu vermitteln. Mit dem Besuch von Kursen könne das besser gehen. Seine Fraktion genehmige den Kredit.

Danielle Schwab (SP) teilt mit, auch in ihrer Fraktion sei die Vorlage unbestritten. Wirtschafts-Boom töne etwas euphorisch, aber es gebe positive Prognosen. Dies habe kaum Konsequenzen für einen Teil der Arbeitnehmer, ein Phänomen, mit dem man sich auseinandersetzen müsse. Es seien auch Leute betroffen, die zu wenig Erfahrung hätten oder zu alt seien. Man höre von sehr guten Gewinnabschlüssen und gleichzeitig von Stellenabbau. Die Lösung des Problems gehe über Notmassnahmen wie diesen Kredit hinaus. In der Wirtschaft müsse sich etwas ändern.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) betont, die berufliche Integration gewinne in der Sozialhilfe an Bedeutung. Mit dem neuen Gesetz seien die notwendigen Instrumente vorhanden. Der Rat sei darüber informiert worden. Die in der Vorlage erwähnte Erfolgsquote sei etwas zu re-

lativieren. Die Anmeldung bei der IV könne als Erfolg interpretiert werden, für den Steuerzahler bedeute sie aber keine Entlastung. Die Verantwortlichen sollten sich überlegen, ob sie nicht Programme von kostengünstigeren Anbietern berücksichtigen wollten. Ihre Fraktion anerkenne die Bemühungen der Sozialhilfebehörde und stimme dem Antrag zu.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) bemerkt zur Unterstützung durch den Kanton, dass das entsprechende Geschäft im September im Landrat behandelt werden solle.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, er habe eine Frage zur Vorlage. Es gehe um das Thema Einsparungen durch berufliche Integration. Er wolle gerne wissen, was es diesbezüglich für Kontrollinstrumente gebe. Ihn interessiere auch, was in diesem Zusammenhang unter dem Ausdruck „für die kommenden Jahre“ zu verstehen sei.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, sie könne die Frage jetzt nicht beantworten. Sie werde sich informieren.

://: Der Kredit von CHF 80'000.- für die berufliche Eingliederung von stellenlosen Sozialhilfe-Empfängern wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung genehmigt.

155 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**5. Motion von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion
betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten
(Nr. 2006/87)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Motion betreffend Änderung der gebührenpflichtigen Parkierungszeiten

Mit dem Parkierungsreglement und der dazugehörenden Verordnung soll eine zweckmässige Nutzung sowie die Sicherstellung der öffentlichen Parkflächen gefördert werden (§ 4 der Verordnung 415.11), was im Grundsatz nicht bestritten wird, aber die langen gebührenpflichtigen Parkierungszeiten sind sowohl für Bewohner des Stadtkerns wie für Kunden schlecht. Es macht keinen Sinn, wenn morgens zwischen 07:00 und 08:00 mehr als die Hälfte der Parkfelder leer ist und trotzdem Autofahrer (Bewohner und Kunden) in dieser Zeit gebüsst werden. Weiter leeren sich ab 18:00 die Parkplätze, was zu dieser Zeit Kontrollen überflüssig macht. Am Samstag sind die meisten Geschäfte ab 16:00 geschlossen, die Parkfelder nach dieser Zeit ebenfalls schlecht genutzt. Auch über Mittag können die Kontrollen ausgesetzt werden. Bei einer Verkürzung der gebührenpflichtigen Parkierungszeit ergibt sich noch der Vorteil, dass seitens der Stadtpolizei weniger Arbeitszeit für Kontrollen aufgewendet werden muss.

Der Stadtrat wird beauftragt, die gebührenpflichtige Parkdauer (Verordnung 415.11, § 4, Typen I, Ia und II „Geltungsdauer“) zu ändern:

Montag – Freitag: 08:00 – 12:00, 13:30 – 18:00
Samstag 08:00 – 12:00, 13:30 – 16:00

Paul Finkbeiner
SVP/CVP/EVP-Fraktion
3. April 2006

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) legt dar, er habe etwas für die Kundenfreundlichkeit von Liestal tun wollen. Nun habe er sich darüber belehren lassen, dass der Inhalt von Verordnungen nicht motionsfähig sei. Deshalb wandle er seinen Vorstoss in ein Postulat um. Er bitte den Stadtrat trotzdem um Änderung der Parkierungszeiten gemäss seinem Vorschlag. Bei einer Veranstaltung zum Stadtmarketing habe die Diskussion gezeigt, dass das Thema Parkieren ein wichtiges Anliegen sei. Die Aufhebung der halben Stunde Gratisparkieren sei keine gute Idee gewesen. Man könne dies jetzt korrigieren. Er bitte um Überweisung seines Vorstosses. Er streiche den Ausdruck „...wird beauftragt..“. Der Satz beginne nun folgendermassen: „Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen...“

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, sie danke für die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Eine Motion hätte der Stadtrat nicht übernommen. Nun werde die Exekutive den Vorstoss übernehmen.

Hanspeter Mohler (FDP) teilt mit, in der FDP herrsche die Meinung, dass man so positive Zeichen setzen könne, und empfehle, das Postulat zu überweisen.

Philipp Senn (SP) äussert, seine Fraktion halte die Anfangs- und Endzeiten für nachvollziehbar. Mit der Unterbrechung über Mittag sei sie allerdings nicht einverstanden. Die SP-Fraktion bitte den Postulanten um eine entsprechende Anpassung des Textes. Dann würde sie den Vorstoss gerne an den Stadtrat überweisen.

Jürg Holinger (GL) führt aus, seine Fraktion lehne eine Überweisung aus drei Gründen ab. 1. Man solle nicht dauernd Regelungen ändern. Das führe zu Rechtsunsicherheit. 2. Die Parkplätze seien nicht um 20 Uhr leer. 3. Es gehe nicht um das Thema Beschäftigung der Polizei, sondern um ein vernünftiges Parkregime. Hier fehle ihm die Logik. Er habe noch eine Anmerkung zur Tarifpolitik anzubringen: Man solle die Preise im Parkhaus herabsetzen zulasten der Parkplätze im Stedtli, um diese zu entlasten.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler fragt, ob der Postulant den Wortlaut ändern wolle.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) antwortet, die Unterbrechung über Mittag wäre auch kundenfreundlich. Sie könne die Wirtschaften und auch die Geschäfte beleben. Er habe Neuhäusern am Rheinfall erwähnt. Am Samstag zahle man dort keine Parkgebühren. So weit bringe man es in Liestal wohl nie. Aber die anderthalb Stunden gebührenfreie Parkierungszeit wären sinnvoll.

Regina Vogt (FDP) meint, man solle einen Entscheid fürs Stedtli fällen. Gebührenfreie Zeitfenster wären auf jeden Fall sinnvoll. Auch ein gebührenfreier Samstag wäre sehr attraktiv.

Philipp Senn (SP) betont, seine Fraktion wolle sich nicht querstellen. Aber sie bitte den Stadtrat, ihren Vorschlag in Erinnerung zu behalten.

://: Das Postulat wird mit 28 Ja- gegen 8 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

156 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**6. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion
betreffend Euro 2008 (Nr. 2006/90)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend EURO 2008

Wir brauchen ein umfassendes Konzept innerhalb des Stadtmarketings in Liestal, dieser drittgrösste Sportanlass der Welt findet in unserer Region statt. Die EURO 08 stellt die Stadt als Nebenschauplatz vor hohe logistische Anforderungen. Bei diesen 6 Spielen, die in Basel stattfinden werden, ist damit zu rechnen, dass sich über mehrere Tage zigtausende Fussballbegeisterte aus dem In- und Ausland in unserer Region im Baselbiet aufhalten werden. Es muss gelingen, dass die EURO 08 in der Region als Fussballfest in Erinnerung bleibt. Die Zeit bis zum Juni 2008 muss sofort genutzt werden, um die zahlreichen notwendigen Abklärungen und Verhandlungen aufzunehmen und die allenfalls benötigten notwendigen vertraglichen Vereinbarungen Kanton und Private Institutionen (Wirtschaft, Tourismus, Vereine, umliegende Gemeinden uam.) abzuschliessen.

Der Stadtrat wird daher gebeten, dem Einwohnerrat ein umfassendes EURO-2008-Konzept vorzulegen, unter Aufzeigen der Kostenfolge bzw. Unterstützung und Kostenbeteiligung Dritter.

Stefan Saladin
SVP/CVP/EVP Fraktion
16. Mai 2006

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) informiert, dass er den Inhalt seines Postulats leicht abändere. Der letzte Satz laute neu: „Der Stadtrat wird daher gebeten, dem Einwohnerrat ein umfassendes Euro-2008-Konzept vorzulegen.“

Stadtrat Lukas Ott führt aus, der Stadtrat habe ein ambivalentes Verhältnis zu diesem Vorstoss. Bezüglich der Euro 08 sei er bereits an der Arbeit. Die Euro 08 sei eine Chance für Liestal. Im St. Jakobs-Park würden verschiedene Spiele ausgetragen. Das wirke sich auf die Region aus. Liestal solle sich aktiv auf die Euro 08 vorbereiten. Sie solle der Region zugute kommen. Beide Kantonsregierungen hätten eine Projektorganisation auf die Beine gestellt. Der Stadtrat habe schon früh Stadtverwalter Roland Plattner dorthin delegiert. Er sei Mitglied des Fachbereichs Standortmarketing. Liestal stelle eine der regionalen Bühnen dar. Die Fanzone befinde sich in Basel. Regionale Feste gebe es in Allschwil, Aesch-Reinach und in Liestal. Es brauche eine lokale Platzorganisation. Diese sicherzustellen, sei eine Herausforderung. Ein solches Engagement sei nicht ganz problemlos. Es gebe Fragen nach der Trägerschaft, den Ressourcen, den Finanzierungsmöglichkeiten, dem Gelände und der Sicherheit.

Der Stadtrat meine, es gehöre nicht zu seinen Kernkompetenzen, eine solche lokale Platzorganisation durchzuführen. Er wolle dazu einen professionellen Partner engagieren. Die Sport- und Volksbad Gitterli AG sei an der Organisation interessiert. Die Gitterli AG verfüge auch über ein interessantes Gelände. Weil es sich um einen Anlass mit kantonaler Ausstrahlung handle, brauche es auch Mittel des Kantons. Der Landrat werde bald eine entsprechende Vorlage auf dem Tisch haben. Man rechne mit 5000 bis 6000 Personen, die ein solches Angebot in Anspruch nehmen würden. Der Stadtrat habe eine Machbarkeitsstudie in Bezug auf das Gitterli-Gelände in Auftrag gegeben. Sobald die Studie vorliege - dies werde im Sep-

tember der Fall sein - werde der Stadtrat die Sache beurteilen. Indizien würden darauf hindeuten, dass sich das Gitterli-Gelände eigne. Sobald dies feststehe, werde der Stadtrat die Projektorganisation bezeichnen. Man werde die IGOL, den FC Liestal und andere in das Fest miteinbeziehen. Das Thema Sicherheit könne man nicht isoliert anschauen. Die notwendigen Mittel müsse man ins Budget einstellen. Statt viel Energie in ein umfassendes Konzept zu stecken, würde er lieber mit der konkreten Projektarbeit anfangen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, er danke für die Antworten. Liestal habe sich damit einverstanden erklärt, Nebenschauplatz der Euro 08 zu sein. Die Euro 08 sei der drittgrösste Anlass weltweit. In der Region würden sich dann rund eine halbe Million Menschen aufhalten. Es gebe noch Diverses abzuklären. Die Punkte seien in seinem Postulat aufgeführt. Es sei das erste Mal, dass der Rat an dieser Stelle etwas über die Euro 08 höre. Er bitte um Überweisung des Postulats. Damit bekomme man ein Werkzeug zum Arbeiten.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) zieht den Schluss, dass der Stadtrat den Vorstoss nicht übernehmen wolle, Stefan Saladin aber daran festhalte.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält fest, der Stadtrat habe eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, ohne dass der Einwohnerrat wisse, was für Vorstellungen der Stadtrat habe. Zuerst müsse der politische Prozess stattfinden. Der Stadtrat solle dem Einwohnerrat seine Vorstellungen bekannt geben, dann eine Studie in Auftrag geben und danach dem Rat wieder berichten. Der bisher gegangene Weg sei nicht richtig. Er unterstütze deshalb das Postulat.

Astrid Basler (GL) meint, die Lawine komme, ob man wolle oder nicht. Der Stadtrat treffe bereits Abklärungen. Ihre Fraktion finde, dass der Einwohnerrat dem Stadtrat Vertrauen schenken könne und lehne das Postulat ab.

Regula Nebiker (SP) berichtet, in der SP-Fraktion seien unterschiedliche Sichtweisen zum Ausdruck gekommen. Zwei Dinge seien festzuhalten: Einerseits müsse der Einwohnerrat regelmässig informiert werden, andererseits sollten nicht Ressourcen für umfassende Konzepte verschwendet werden. Der Ausdruck „umfassend“ gehe der SP-Fraktion zu weit. Es gehe um gute Kommunikation. In diesem Sinn sei ihre Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Adrian Mächler (FDP) stellt fest, dass Stadtrat Lukas Ott das Postulat bereits fast beantwortet habe. Er weiche aber in einem Punkt schon von den Vorstellungen seiner Fraktion ab: Es brauche keine Grossleinwand für die Bevölkerung. Bevor jemand in eine Arbeitsgruppe gehe, müsse man darüber diskutieren, wie man dem Ereignis begegnen wolle. Ohne Konzept könne der Stadtrat gar nicht an die Arbeit gehen. Auch ein Zwischenbericht könne ein Konzept sein. Der Einwohnerrat müsse die Möglichkeit zur Korrektur haben.

Hanspeter Stoll (SP) betont, er wünsche aber eine Grossleinwand, und zwar auf dem Zeughausplatz. Er habe auch zu wenige Informationen, um zu sagen, nein, das brauche es nicht. Insofern halte er das Postulat für richtig. Die Fussball-WM habe gezeigt, dass alle Bevölkerungsschichten angesprochen gewesen seien. Auf dieser Schiene solle Liestal fahren.

Stadtrat Lukas Ott erwidert, es brauche kein Postulat, um dem Stadtrat einen Anstoss zu geben. Er sei an der Arbeit, und selbstverständlich mache er Konzepte. Ein wenig exekutiver Wille stehe der Stadt auch nicht schlecht an. Das Informations-Bedürfnis sei verständlich. Der Stadtrat könne mit dem Postulat leben. Das Eingebettetsein in eine grössere Projektorganisation sei ihm wichtig. Auf diese Weise könne die Stadt je nachdem etwas übernehmen und so auch sparen.

://: Das Postulat wird mit 31 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

157 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Schwimmunterricht an den Liestaler Schulen (Nr. 2006/91)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Schwimmunterricht an den Liestaler Schulen

Nach dem schweren Badeunfall im Sport- und Freizeitbad Gitterli dieses Monats äusserten Fachkräfte die Meinung, dass die Schwimmfähigkeit der Jugend in den letzten Jahren markant gesunken sei. Als wesentliche Ursache dieses Rückschritts wurden die Sparmassnahmen der Gemeindebehörden genannt.

Um die Situation an den Liestaler Schulen besser beurteilen zu können, bitten wir deshalb den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel Schwimmunterricht an den Schulen - Primar- und Sekundarschule - wird von den Fachleuten als Standard bezeichnet?
2. Wieviel Schwimmunterricht erhalten die Schülerinnen und Schüler der Liestaler Schulen (Primar- und Sekundarschule); minimal, maximal und durchschnittlich?
3. Für wieviel Schwimmunterricht pro Klasse reicht das Budget der Stadt Liestal?
4. In welchem Rahmen wird dieses Budget ausgeschöpft?
5. Welche Massnahmen will der Stadtrat treffen, um die Schwimmfähigkeit der Jugend zu fördern?

Peter Furrer
Einwohnerrat Liestal
12. Mai 2006

Stadtrat Lukas Ott betont zum Einleitungstext der Interpellation, dass der angesprochene Badeunfall nicht während der Schulzeit passiert sei. Im Fokus sei damals auch nicht das Personal des Bades gestanden, das vorbildlich reagiert habe. Der Schwimmunterricht der Schulen sei bis jetzt unfallfrei verlaufen. Was die Sparmassnahmen der Gemeindebehörden betreffe, so habe sich der Stadtrat um Lösungen bemüht, um den Schwimmunterricht dauerhaft zu sichern. Die Fragen der Interpellation beantworte er wie folgt:

1.) Referenz ist der Lehrplan des Kantons Baselland. Der Schwimmunterricht ist auf keiner Schulstufe obligatorisch. Es werden Empfehlungen abgegeben, die von der Infrastruktur abhängen. Auf Primarstufe wird empfohlen, alle 14 Tage Schwimmunterricht abzuhalten. Auf der Sekundar-Stufe wird eine Lektion pro Woche empfohlen.

2.) Weil die Erreichbarkeit einer Schwimmhalle wichtig ist, handhabt nicht jedes Primar-Schulhaus den Schwimmunterricht gleich. Die Klassengrösse spielt ebenfalls eine Rolle. Je nachdem braucht es zusätzliche Lehrpersonen. An solchen Möglichkeiten fehlt es heute noch. An den Sekundarschulen Burg und Frenke wird grundsätzlich in den ersten zwei Jahren eine Lektion im Zwei-Wochen-Rhythmus erteilt. Auch hier spielt die Nähe einer Halle ei-

ne Rolle. An der Sekundarschule im Rotacker-Schulhaus wird kein Schwimmunterricht erteilt.

3.) Das Budget reicht für den Unterricht, wie er heute erteilt wird.

4.) Es stehen je CHF 30'000.- für den Kindergarten und die Primarschule sowie für die Sekundarschule zur Verfügung. Diese Beträge werden ausgeschöpft. Wenn eine Klasse schwimmen gehen will, kann sie das auch. Bei einer grösseren Nachfrage müsste das Budget angepasst werden.

5.) Der Stadtrat ist nicht zuständig für das Unterrichtsangebot. Er kann aber günstige Rahmenbedingungen setzen - nicht nur für das Schulschwimmen. Mit dem Betriebskostenbeitrag an die Bäder wird etwa sichergestellt, dass das Bad Eintrittspreise anbieten kann, die für die breite Bevölkerung erschwinglich sind.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) dankt für die Antworten und beantragt die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) führt aus, es freue ihn, dass Liestal einiges tue, um die Schwimmfähigkeit der Jugend zu fördern. Es sei ihm nicht darum gegangen, einen schwarzen Peter zu finden, sondern darum, diese Fähigkeit der Jugend noch weiter zu fördern. Alle Kinder, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule, sollten genügend Schwimmunterricht bekommen, damit sie sich im Wasser möglichst gefahrlos bewegen könnten. Es wäre begrüssenswert, wenn man die Stundenpläne an den Schulen so legen würde, dass alle Klassen Schwimmunterricht geniessen könnten. Seine Idee seien Dauer-Doppelstunden. Er bitte darum, dieses Anliegen an die Schulleitungen weiterzugeben.

Hanspeter Stoll (SP) legt dar, er sei froh, dass der Schwimmunterricht wieder ein Thema sei. Vor zwei Jahren sei er auf der Sekundarstufe nicht möglich gewesen. Er sei im neuen Bildungsgesetz nicht vorgesehen, der Kanton habe dies nicht bezahlen wollen. Die Stadt habe sich dann für den Schwimmunterricht eingesetzt. In den Jahren 2004 und 2005 sei eine Minderheit in der Fiko der Meinung gewesen, Schwimmen sei Privatsache. Er frage sich, ob die Politik immer erst dann reagiere, wenn etwas passiert sei. Das Schwimmenlernen sei eine Aufgabe des Staates. Die Tendenz gehe dahin, dass immer weniger Kinder und Jugendliche schwimmen könnten. Der Schwimmunterricht müsse immer unterstützt werden. Fachleute müssten den Unterricht erteilen. Es gebe auch immer mehr Jugendliche mit gesundheitlichen Problemen wie Übergewicht oder Asthma. Auch hier bringe das Schwimmen etwas.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, sie danke für die Worte von Hanspeter Stoll. Er habe alles Wichtige gesagt. Die ganze Grüne Fraktion sei dafür, dass dieser Unterricht wieder mehr Gewicht bekomme, vor allem auf der Unterstufe. Sie sei in Basel-Stadt am Rhein aufgewachsen. Ihre Eltern hätten nicht schwimmen können und seien froh gewesen, dass ihre Kinder es gelernt hätten. Es handle sich um ein gesamtschweizerisches Problem. Ausländischen Kindern und Jugendlichen sei das Schwimmen manchmal besonders schwer zu vermitteln, da es Eltern gebe, die ihren Kindern das Schwimmen verbieten würden.

Somit ist die Interpellation erledigt.

158 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Corinne Ruesch, Grüne Liestal, betreffend Jugendkommission (Nr. 2006/95, Nr. 2006/95a)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Jugendkommission

Im Dezember 2005 hat die Arbeitsgruppe Jugendkommission dem Stadtrat empfohlen, eine Jugendkommission ins Leben zu rufen. Diese soll dem Stadtrat bis im Sommer 2006, rechtzeitig vor dem neuen Budget, über notwendige Ziele, Bedürfnisse und weitere Massnahmen im Jugendbereich berichten. In der Fragestunde vom 5. April 2006 wurde betont, dass dies vom Stadtrat umgesetzt werden will.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Haben Sitzungen der Jugendkommission stattgefunden? Konnte die Jugendkommission dem Stadtrat über Ziele, Bedürfnisse und weitere Massnahmen Empfehlungen berichten?
- Wenn nein, was unternimmt der Stadtrat, dass dies rasch stattfindet? Welche Frist hat sich der Stadtrat dafür gesetzt?
- Wer hat Einsitz in der Jugendkommission (politische Vertreter, Fachpersonen, Vertretung der Vereine/Kirchgemeinden)?
- Gibt es Vorstellungen darüber, wie Kinder und Jugendliche aller Altersstufen ihre Anliegen partizipativ in die Kommission einbringen können?

Corinne Ruesch Schweizer
Grüne Liestal
24. Juni 2006

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) sagt, der Stadtrat beantworte die Interpellation in der Vorlage Nr. 2006/95a wie folgt:

Frage 1

Die Jugendkommission ist derzeit noch nicht gewählt. Die Rekrutierung geeigneter Kommissionsmitglieder ist nicht einfach. Dazu waren verschiedene Aufrufe nötig, was den seinerzeitigen Fahrplan, welchen die vorberatende Arbeitsgruppe vorgeschlagen hatte, verzögert hat. Wichtig scheint in diesem Fall eine personell gute Besetzung der Jugendkommission, auch wenn dies mehr Zeit beansprucht als vorgesehen.

Da die Kommission noch nicht gewählt ist, konnte sie dem Stadtrat über Ziele, Bedürfnisse und Massnahmen noch keine Empfehlungen abgeben.

Frage 2

Ende August 2006 finden für die an der Jugendkommission interessierten 13 Personen an zwei verschiedenen Daten Informationsveranstaltungen statt. Daraufhin erfolgt die Wahl

durch den Stadtrat. Somit sollte die Jugendkommission nach den Herbstferien 2006 ihre erste konstituierende Sitzung abhalten können.

Frage 3

Die Jugendkommission soll möglichst breit abgestützt sein. Der interessierte Personenkreis umfasst Vertretungen aus:

Politischen Parteien, Schule, Jugendarbeit, Kirche und Jugendlichen. Bei der definitiven Wahl soll eine ausgewogene Zusammensetzung zustande kommen.

Frage 4

Dazu gibt es Vorstellungen auf Ebene des Departements und des Stadtrates. Die Jugendkommission hat sich dazu am Anfang ihrer Kommissionstätigkeit ihre eigenen Gedanken zu machen.

Erfahrungen zeigen, dass eine aktive Partizipation von Jugendlichen am ehesten über einen projektbezogenen Einbezug gelingt. Jugendliche wollen ihre Anliegen und Bedürfnisse kurzfristig umsetzen. Eine übliche Kommissionstätigkeit vermag wahrscheinlich nicht zu befriedigen. Entsprechend sollen sie ihre Anliegen einbringen und sich an deren Umsetzung und Realisierung in Form von Projektarbeit direkt beteiligen können. Dann machen sie die Erfahrung, dass sie innert nützlicher Frist von ihrem Engagement einen direkten Nutzen haben. Die Jugendkommission kann hierbei auch die Funktion eines Coaching für Kinder und Jugendliche zur Wahrnehmung und politischen Durchsetzung ihrer Anliegen übernehmen.

Corinne Ruesch (GL) dankt für die Antworten und beantragt die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, sie freue sich über die in der Antwort festgehaltenen klaren Termine und Vorstellungen. Es habe lange gedauert, bis die Jugendkommission in greifbare Nähe gerückt sei. Sie sei froh, dass es eine Idee gebe, auf welche Weise Kinder und Jugendliche einzubeziehen seien. Sie hoffe, dass diese Idee umgesetzt werde. Dass Kinder und Jugendliche in die Planung der Jugendarbeit einbezogen werden müssten, zeige die Erfahrung in anderen Gemeinden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin ergänzt, auch ihrer Meinung nach habe es lange gedauert, bis grünes Licht für die Jugendkommission gegeben worden sei. Es sei nicht einfach gewesen, Leute zu finden, die sich für eine solche Arbeit zur Verfügung stellen und auch den entsprechenden Hintergrund mitbringen würden. Zuerst habe es kein grosses Echo gegeben. Auch für den Stadtrat sei klar, dass man Kinder und Jugendliche in die Arbeit der Jugendkommission einbeziehen müsse.

Somit ist die Interpellation erledigt.

159 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

13. Fragestunde

1. Frage, Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): Wie mir zugetragen wurde, finden an vier verschiedenen Daten Veranstaltungen zum Thema Ortsplanung statt, immer mit den gleichen Traktanden. Das wird von Eingeladenen verunsichert und mit einigem Unmut zur Kenntnis genommen. Was ist der Grund, dass die Eingeladenen aufgesplittet werden?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, das Stadtbauamt habe keine Massen-Veranstaltung durchführen wollen. Deshalb habe man diese Aufteilung vorgenommen. Die Gruppen seien aus den Eingaben heraus entstanden. Fachleute würden an den Veranstaltungen detailliert Auskunft geben.

2. Frage, Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): In der Sitzung vom 5. April 2006 zum Thema Seestrasse erwähnte Stadtrat Ruedi Riesen, dass die jetzige Gummischwelle entfernt wird und eine „leichte Erhöhung“ gemacht wird. Darauf ist mit grossem Mehr (23:7) der Zusatzantrag von Adrian Mächler angenommen worden, auf eine Schwelle in der Seestrasse zu verzichten. Jetzt ist die bestehende Gummischwelle nicht entfernt, sondern versetzt worden, und ist allgemein ein Ärgernis für unmittelbare Anwohner und auch Benützer der Seestrasse. Ist der Stadtrat nicht der Meinung, dass der Beschluss vom 5. April falsch umgesetzt wurde?

3. Frage, Regina Vogt (FDP): An der April-Sitzung haben wir im Rat über die Beschaffenheit der Seestrasse entschieden. Der Antrag, auf den Bau einer Schwelle zu verzichten, wird mit 23 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen. Die Frage bleibt, wann wird die Schwelle entfernt?

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, am 5. April 2006 habe der Stadtrat auf das Postulat betreffend Verkleinerung der Begegnungszone geantwortet. Er habe die Begegnungszone nicht schon wieder zurückzonen wollen. Am Eingang der Seestrasse sei die Verkehrssituation aber problematisch, beispielsweise für die Kindergartenkinder. Der Stadtrat habe aus diesem Grund dort eine leichte Aufpflasterung machen wollen. Das habe man im Einwohnerrat diskutiert. Ein Antrag, diese Aufpflasterung nicht zu machen, sei angenommen worden. Es habe aber nicht geheissen, dass die Gummischwelle weg müsse.

Zusatzfrage Regina Vogt (FDP): Adrian Mächler hatte klar den Antrag gestellt, dass auf den Bau einer Schwelle zu verzichten sei. Dieser Antrag wurde angenommen.

Zusatzfrage Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP): Adrian Mächler meinte, dort gehört überhaupt keine Schwelle hin.

Vizepräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) macht darauf aufmerksam, dass dies eine Fragestunde sei. Es gebe keine Diskussion.

4. Frage, Regina Vogt (FDP): Wäre es künftig möglich, Reglemente und Erlasse der Stadt Liestal vollständig ins Internet zu setzen, um diese für alle zugänglich zu machen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, ob alle Reglemente und Erlasse im Internet eingestellt werden könnten, werde derzeit abgeklärt. Derzeit seien im Internet diejenigen Reglement und Erlasse zu finden, die häufig benötigt würden. Einzelne Erlasse könnten elektronisch oder auf Papier direkt bei der Kanzlei oder beim Rechtskonsulenten angefordert werden.

5. Frage, Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP): Brunnen neigen naturgemäss zu Algenwachstum und Verschlammung. Besonders auffällig sticht mir in dieser Beziehung der Brunnen auf dem Wasserturmplatz ins Auge. Mit viel Aufwand wird dieser Brunnen regelmässig gereinigt. Er wurde diesen Sommer sogar umgebaut und mit einem Spezialgerät mehrere Tage porentief gesäubert. Aber schon nach kurzer Zeit beginnen die Algen wieder überhand zu nehmen. Algenwachstum in einem Brunnen kann durchaus seinen Reiz haben, zum Wasserturmplatzbrunnen passt es aber nicht, genau so wenig wie es zum Tinguely-Brunnen in Basel passen würde.

Als Sohn eines ehemaligen Brunnenmeisters weiss ich, dass vor allem Brunnen zu übermässigem Algenwachstum und zur Verschlammung und infolgedessen zu hohem Reinigungsaufwand neigen, die nicht an die chlorierte Trinkwasserversorgung angeschlossen sind, sondern durch Quellen gespeist werden, die den heutigen Anforderungen an Trinkwasser nicht mehr genügen.

Wie hoch sind die durchschnittlichen Unterhaltskosten für den Wasserturmplatzbrunnen und den Kanal pro Jahr und liessen sich diese durch den Anschluss an die chlorierte Trinkwasserversorgung nicht erheblich reduzieren?

Stadträtin Marion Schafroth legt dar, dass der Brunnen am Wasserturmplatz einmal pro Woche mit einem Zeitaufwand von etwa zwei Stunden mit Hochdruck und Bürsten gereinigt werde. Bei der Grossreinigung durch einen Steinmetz habe sich gezeigt, dass der Stein nicht mehr vollständig von den Algen befreit werden könne. Der Brunnen sei an die Trinkwasserversorgung angeschlossen, diese sei aber wenig chloriert. Der Brunnen bestehe aus sehr porösem Stein, an dem die Algen gut haften. Um das Problem zu beseitigen, könne man höchstens den Brunnen aus einem anderen Stein neu bauen.

6. Frage, Hanspeter Mohler (FDP): Wo genau ist der vor der Kaserne vorgesehene Platz, wo das Bauerndenkmal wieder aufgestellt werden wird? Besteht ein Plan, der eingesehen werden kann? Warum wartet das Projekt der Wiederaufstellung des Bauerndenkmals auf die Lösung der Kantinenweg-Problematik?

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, es sei vorgesehen, das Bauerndenkmal im Bereich des alten Kaserneneingangs zu platzieren. Zuerst müsse aber der Kantinenweg gebaut werden, um Beschädigungen des Denkmals zu verhindern.

Zusatzfrage Hanspeter Mohler (FDP): Gibt es einen Plan, auf dem man sieht, wo das Bauerndenkmal genau hinkommt?

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, einen solchen Plan gebe es noch nicht. Das Denkmal komme in die Rasenfläche beim Haupteingang der Kaserne zu stehen.

7. Frage, Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP): Der Tagesfamilienverein "Liestal und Umgebung" fusioniert in den nächsten Monaten mit dem Tagesfamilienverein "Oberbaselbiet". So wie es aussieht, wird die Federführung nicht mehr "Liestal" haben. Wieder geht eine wichtige Institution von Liestal weg. Ist das nicht auch eine Art Verlust?

Stadtpräsidentin Regula Gysin meint, die Fusion sei kein Verlust, sondern ein Gewinn. Sie finde nächsten Monat statt. Der neue Verein werde nach neusten betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen geführt. Es entstehe ein grosses Angebot im Interesse der Familien. Sie sei überzeugt davon, dass dies eine gute Sache sei.

Zusatzfrage Hanspeter Mohler (FDP): Am 23.9.2006 gibt es ein Fest, dessen Gewinn dem Tagesfamilienverein „Liestal und Umgebung“ zugesprochen wird. Findet die Fusion vorher oder nachher statt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, die Fusion finde am 27.9.2006 im Restaurant Kaserne statt.

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon